

**Ministerium für
Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen**



**Rede der Ministerin für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Sylvia Löhrmann

Bericht im Ausschuss für Schule und Weiterbildung

26 September 2012

– Es gilt das gesprochene Wort –

Die vor zwei Wochen in Berlin vorgestellte OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2012“ zeigt – ich sage es mit den Worten der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock:

Soziale Auslese darf nicht länger „die Achillesferse des deutschen Bildungssystems“ sein.

Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, unserer Republik, unserer Demokratie ist ein gerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem unabdingbar notwendig.

Gerecht ist die Anerkennung von Vielfalt und Verschiedenheit.

Gerecht ist es, wenn wir jedes Kind, jeden Jugendlichen und jeden Menschen nach seinen Möglichkeiten fördern.

Gerecht ist es, wenn wir hören, was die Menschen vor Ort wünschen und brauchen und ihnen das auch ermöglichen.

Dies waren und sind die Grundsätze unserer Bildungspolitik.

Und wo kommen sie besser zum Ausdruck als in dem Fundament, das wir parteiübergreifend mit Blick auf

unsere Kinder gemeinsam geschaffen haben und auf dem wir die nächsten Jahre bauen: dem Schulkonsens?

Die Landesregierung steht ohne Wenn und Aber zu diesem historischen Konsens, auf dem die Schule der Zukunft wachsen kann.

Denn wir müssen sicherstellen, dass jede und jeder die für sich bestmögliche Bildung und Ausbildung erreichen kann und zwar ohne Ansehen der Person; – unabhängig von der Herkunft, unabhängig von Einschränkungen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Und wir müssen sicherstellen, dass wir das gesellschaftliche, das politische und das ökonomische Bewusstsein dafür schärfen, wie elementar wichtig Bildung für unser gesellschaftliches Miteinander, unsere wirtschaftliche Zukunft als Land und unsere Zukunft als Demokratie ist.

Ich möchte Ihnen anhand von drei Leitgedanken den Weg zu einem chancengerechten und leistungsstarken Bildungssystem aufzeigen.

Chancengerechtigkeit und Leistungsstärke basieren auf gutem, qualifiziertem Unterricht, gemeinsamem Lernen und sozialem, politischem und kulturellen Lernen.

Unter dem Stichwort „Fokus Unterrichtsentwicklung: Fortbildung für eine neue Lehr- und Lernkultur“ werden wir die Lehrerfort- und Weiterbildungsangebote erweitern, bündeln und in den kommenden Jahren kontinuierlich weiterentwickeln.

Unser erklärtes Ziel besteht darin, dass Qualitätsentwicklung systematisch, nachhaltig, transparent und verstehbar wird. Daher werden wir unter breiter Beteiligung aller im Bildungsbereich handelnden Akteure und unter Rückgriff auf die vielfältigen Entwicklungskonzepte unserer Schulen und Bildungsregionen einen Referenz- und Orientierungsrahmen „Schulqualität“ entwickeln – eine Art „Grundgesetz“ guter Schulen für NRW.

Dieser Referenzrahmen soll langfristig mit konkreten Hilfestellungen und Materialien verknüpft werden, sodass er zu einem direkt nutzbaren Instrument für die innere Qualitätsentwicklung unserer Schulen wird.

In unmittelbarem Bezug zum Referenzrahmen und orientiert an den Empfehlungen der Bildungskonferenz bekommt auch die Qualitätsanalyse einen neuen Zuschnitt. Sie wird zielgerichteter, reduziert den Aufwand für die Schulen und soll ab dem Schuljahr 2013/2014 zum Einsatz kommen.

Breite Beteiligung heißt: Ich werde mit der Bildungskonferenz den bis dahin erarbeiteten Sachstand zum Referenzrahmen diskutieren; anschließend erfolgt ein online-gestützter Prozess, an dem sich alle beteiligen können.

Mit Beginn dieses Schuljahrs sind 42 neue Sekundarschulen und 20 neue Gesamtschulen gestartet.

Diese 62 neuen Schulen befinden sich in allen Landesteilen und zwar sowohl im ländlichen Raum als auch in Ballungsgebieten und Großstädten [Karte]. Besonders freut mich die vielerorts gute interkommunale Zusammenarbeit.

Ich habe mich sehr gefreut, einige neue Sekundar- und Gesamtschulen bei ihrem Start zu begleiten und habe vor Ort ihre Aufbruchstimmung erlebt.

Gemeinsames Lernen findet auch an den 12 zum 1. August 2011 errichteten Gemeinschaftsschulen statt. Mancherorts sind sie so nachgefragt, dass Überhangklassen gebildet werden mussten.

Das zeigt: Unser Schulkonsens wirkt und ermöglicht eine pragmatische, innovative Schulentwicklung vor Ort.

Gemeinsames, soziales, politisches und kulturelles Lernen umfasst darüber hinaus den Ausbau des Ganztags für alle Schulformen. Selbstverständlich auch an Realschulen und Gymnasien.

Diesbezüglich möchte ich Sie an den im August erschienenen Bildungsmonitor 2012 erinnern, der bestätigt, dass NRW mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung auf dem richtigen Weg ist.

Wir müssen darüber reden, wie wir den Ganztag angesichts der gegebenen Haushaltssituation des Landes und der Kommunen weiterentwickeln können. Auch deshalb setzt sich die Landesregierung mit Nachdruck dafür ein, das so genannte „Kooperationsverbot“ zu überwinden und so auch wieder Bundesprogramme zu ermöglichen.

Auf Antrag von NRW und anderen Bundesländern hat der Bundesrat vergangenen Freitag beschlossen, den Bund zu Gesprächen aufzufordern, um gemeinsam eine Grundgesetzänderung und eine gemeinsame Finanzierung zu beraten.

Wir brauchen dringend eine Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Gemeinden im Bildungsbereich. Eine Gemeinschaft, die sich auch als Finanzierungsgemeinschaft versteht.

Nur so können wir sozialpolitische Herausforderungen des Bildungsbereichs wie Inklusion, Integration, Ganztagsmeistern.

Bildung geht uns alle an! Und von Bildung profitieren auch alle staatlichen Ebenen: Kommunen, Land und Bund.

Bildungspolitik ist, das wissen Sie, das weiß Berlin: Bildungspolitik ist immer auch Sozial-, Integrations- und Wirtschaftspolitik.

Darauf hat letzte Woche explizit auch die Kultusministerkonferenz im Zusammenhang mit der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2012“ hingewiesen:

Bildung wirkt sich positiv auf die Gesundheit, Lebenszufriedenheit und gesellschaftliche Teilhabe jedes und jeder Einzelnen aus, und es profitiert die öffentliche Hand.

Bildung kostet, aber Bildung schafft auch Ressourcen.

Daher steigen trotz der angespannten Finanzlage des Landes die Ausgaben des Schuletats im Haushalt 2012 um 598 Mio. Euro, mehr als vier Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Darüber hinaus haben wir im Koalitionsvertrag verabredet, dass die so genannte „demografische Rendite“ im Schulsystem bleibt.

„Wir werden...“ und hier zitiere ich aus der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin, „...die freiwerdenden Bildungsressourcen nicht streichen, sondern für noch bessere Bildung einsetzen.“

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich allen danken, die an der Ausarbeitung des Koalitionsvertrags beteiligt waren. Denn bei allen noch so schwierigen Verhandlungen über Details haben alle der Bildung den Vorrang eingeräumt,

was sich auch in der Haushaltspolitik des Landes klar abbildet.

Auf dem Weg zu einem gerechten und leistungsstarken Schulsystem, haben wir schon einiges erreicht und vieles noch vor:

Anfang September ist das 8. Schulrechtsänderungsgesetz in den Landtag eingebracht worden.

Damit werden wir die im Schulkonsens getroffene Vereinbarung „Kurze Beine – kurze Wege“ umsetzen.

Mit dem Schulversuch PRIMUS wird eine weitere Vereinbarung des Schulkonsenses realisiert.

Dieser Schulversuch zum gemeinsamen Lernen von Klasse 1 bis 10 für 15 Schulen startet zum 1. August 2013 und 2014 und geht über einen Zeitraum von 10 Jahren.

Er wird wissenschaftlich begleitet, und wir erhoffen uns Aufschluss darüber, ob durch PRIMUS-Schulen die Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit des Schulwesens weiter erhöht werden kann.

Unser Land, unsere Demokratie braucht engagierte und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger.

Für dieses Ziel des politischen und sozialen Lernens werden wir Verbände und Akteure der Zivilgesellschaft in die Arbeit der Schulen einbeziehen.

Gemeinsam mit dem DGB-Bildungswerk werden wir das erfolgreiche Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausbauen.

Weitere Demokratietage, eine „Woche des Respekts“, ein Aktionsplan gegen Homophobie, all das sind Bausteine einer demokratischen zukunftsgerichteten Schule. Zur Zukunft gehört auch: aus der Vergangenheit zu lernen. Sie wissen, dass ich Anfang des Jahres zwei Gymnasien bei ihrem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz begleitet habe. Eine beeindruckende Erfahrung!

Erinnerungskultur bleibt mir sehr wichtig. Denn nur, wenn wir uns wahrhaftig erinnern, können wir versöhnt leben.

Zur Achtung und Wertschätzung von Vielfalt und Verschiedenheit gehört die Achtung und Integration aller Kulturen.

Deshalb ist es ein wichtiger, notwendiger und konsequenter Schritt, dass Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland mit dem Islamischen Religionsunterricht als

ordentlichem Unterrichtsfach in deutscher Sprache begonnen hat.

Gegenwärtig nehmen bereits über 2.000 Schülerinnen und Schüler am islamischen Religionsunterricht teil. Das war ein wichtiger Anfang, weitere Schritte müssen folgen und werden uns in dieser Legislaturperiode beschäftigen.

Ich komme zur vielleicht schwierigsten Aufgabe der kommenden Jahre, der „Inklusion“.

Wie schaffen wir es, den parteiübergreifenden Beschluss des Landtages vom Dezember 2010 so umzusetzen, dass wir niemanden überfordern und möglichst alle mitnehmen?

Grundsätzlich sind wir uns einig:

Allen Kindern, auch Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarfen, soll letztlich eine geeignete allgemeine Schule in zumutbarer Entfernung angeboten werden. Kinder haben ein Recht auf inklusives Lernen in allen Schulformen.

Gleichwohl bleiben wir beim Prinzip der Ermöglichung: Der Elternwille soll entscheidend sein.

Eltern sollen auch weiterhin die Förderschule wählen können, sofern sie diese für ihr Kind vorziehen und ein entsprechender Bedarf an Förderschulen vorhanden ist.

Angebote des Gemeinsamen Lernens in den Allgemeinen Schulen werden mit Zustimmung des Schulträgers eingerichtet.

Die große Aufgabe „Inklusion“ kann nur Schritt für Schritt erfolgen, und sie kann nur gelingen, wenn möglichst viele an einem Strang ziehen.

Nirgendwo sonst wird der in der Gesellschaft insgesamt und in der Schule im Besonderen gebotene und geforderte Perspektivenwechsel von der Defizitorientierung hin zur Potentialorientierung konkreter als im Gemeinsamen Unterricht.

Abgesehen von der schon angesprochenen Finanzierungsgemeinschaft von Bund, Land und Kommunen ist Folgendes wichtig:

1. eine gesetzliche Verankerung der inklusiven Bildung und Erziehung im Schulgesetz und eine darauf bezogene Weiterentwicklung der Lehrerausbildung,

2. mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen,
3. eine Weiterentwicklung der Lehrerfortbildung in Hinblick auf den Umgang mit Heterogenität, individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern, Ganztags- und Arbeit im multiprofessionellen Team.

Ad 1. Das 8. Schulrechtsänderungsgesetz wird durch Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes eine Sondermaßnahme zur Weiterbildung für die sonderpädagogische Förderung ermöglichen; die breit angelegte Verbändeanhörung zu dem „Ersten Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“, dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz, ist vor einer Woche angelaufen.

Ad 2. Eine Qualifizierungsmaßnahme zur berufsbegleitenden Ausbildung für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung ist auf dem Weg. Die Maßnahme soll am 1. Februar 2013 starten und 10 Durchgänge mit jeweils 250 Lehrkräften umfassen.

Ad 3. Zur Lehrerfortbildung kann ich Ihnen mitteilen, dass zurzeit mehr als 300 Moderatorinnen und Moderatoren in den Kompetenzteams qualifiziert werden – mit dem Ziel, dass sie Schulen insbesondere beim Gemeinsamen

Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit Lern- und Entwicklungsstörungen unterstützen können. Rund die Hälfte von ihnen hat ihre Qualifizierung nahezu abgeschlossen – sie können schon jetzt von den Schulen angefragt werden.

Im Schulkonsens wurde festgeschrieben, dass neben der Finanzierung der neuen Schulen die Klassenfrequenzrichtwerte für alle Schulformen der Sekundarstufe I bis 2023 schrittweise gesenkt werden.

Die Realisierung dieser Vereinbarung erfolgt in dem Maß, in dem Ressourcen durch zurückgehende Schülerzahlen frei werden.

Was die Lehrerversorgung betrifft, sollten uns die Daten der vergangenen Jahre und die unzweifelhaft sehr gute Bilanz des aktuellen Einstellungsverfahrens nicht über bestehende Probleme hinwegtäuschen.

Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in den sogenannten MINT-Fächern, teilweise in musischen-künstlerischen Fächern, in einigen technisch-gewerblichen Fachrichtungen des Berufskollegs sowie in einigen sonderpädagogischen Fachrichtungen ist geringer als der Lehrkräftebedarf.

Daher haben wir in Nordrhein-Westfalen Maßnahmen entwickelt, um die Lehrkräftegewinnung für die Schulen zu unterstützen; – zum Beispiel:

- das Frühbucherverfahren,
- ein vorgezogenes Listenverfahren,
- ein gemeinsam mit Frau Ministerin Schulze vorgestelltes 5-Punkte-Programm zur Sicherung des Lehrernachwuchses an Berufskollegs,
- Weiterbildungsmaßnahmen und
- die Aktivierung pensionierter Lehrerinnen und Lehrer.

Gute, nachhaltige Bildung bedeutet auch, dass junge Menschen die Chance bekommen, Übergänge besser gestalten zu können und sich individuell weiterzubilden.

Hier ist vor allem der Übergang Schule – Beruf und die aktivierende Weiterbildungspolitik zu nennen.

Gemeinsam haben wir im Ausbildungskonsens eine standardisierte Studien- und Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 8 erarbeitet und beschlossen. Damit bekommt jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit, ihren/seinen individuellen Berufswahlweg zu verfolgen und die eigenen Stärken und Interessen zu erkunden und zu erkennen. „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist unser Motto.

Bezogen auf die Akteure der gemeinwohlorientierten Weiterbildung werden wir alle Beteiligten noch stärker als bisher in Entscheidungsprozesse einbeziehen (z.B. über einen Weiterbildungsbeirat).

Ich bin gespannt auf das Plenum der Weiterbildungskonferenz NRW, das im Oktober die Ergebnisse ihres Arbeitsprozesses vorstellen wird.

Die dort gewonnenen Erkenntnisse und die daraus resultierenden Vorschläge werden uns sicherlich auch hier im Ausschuss beschäftigen.

Wir brauchen Bildung für alle, und wir wollen Bildung für alle. Wir möchten gemeinsam und dialogisch weiter daran arbeiten, ein gerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem für unser Land zu schaffen.

Für den 26. Oktober 2012 habe ich daher alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bildungskonferenz erneut eingeladen, um gemeinsam auf die Umsetzungen des vergangenen Jahres zu schauen und Folgen für das kommende Jahr zu diskutieren.

Es wird nicht alles immer sofort möglich sein, aber Sie wissen ja – ich sage es mal mit Cicero:

„Aus kleinem Anfang entspringen alle Dinge“.

Ich finde allerdings, wir haben schon einen großen Anfang gemacht!